

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1837

29.7.1837 (No. 208)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 208.

Samstag, den 29. Juli.

1837.

Baden.

Landtagsverhandlungen.

Karlsruhe, 27. Juli. 40ste öffentliche Sitzung der ersten Kammer.

Das hohe Präsidium legt eine Mittheilung der zweiten Kammer vor über einen Theil des außerordentlichen Budgets.

Frhr. v. Göler berichtet hierauf über das Budget des Staatsministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, worüber sogleich die Diskussion eröffnet wird. Nach einigen Erläuterungen von Seite des Staatsministers v. Blittersdorff wird der Kommissionsantrag auf Genehmigung dieses Voranschlags angenommen.

Hierauf erstattet Se. Durchl. der Herr Fürst zu Fürstberg Bericht über den Gesetzentwurf: die Bildung eines ständischen Ausschusses zur Bearbeitung größerer Gesetzentwürfe betr. Es wird beschossen, die Diskussion in nächster Sitzung vorzunehmen.

Ferner berichtet Ministerialrath Zell über das Budget der neun ersten Titel des Ministeriums des Innern. Bei dem 2ten und 3ten Titel „evangelische und katholische Kirchensektion“ werden von dem Prälaten Hüffel, geh. Rath Beck, dem Erzbischof, Staatsrath Nebenius und Regierungskommissär Ministerialassessor v. Marschall verschiedene Bemerkungen über einige von der zweiten Kammer ermäßigte Positionen gemacht. Bei Tit. 8: Bezirksjustiz und Polizei, Gehalte der Thierärzte wird der Wunsch geäußert, daß die Regierung für die Bildung tüchtiger Thierärzte besorgt seyn möge. Der Schlufsantrag der Kommission, welcher dahin geht:

1) den neun Abtheilungen des Budgets des Ministeriums des Innern nach den von der andern Kammer bewilligten Beträgen die Zustimmung zu ertheilen und

2) die gleiche Zustimmung zu ertheilen dem diesfalls mitgetheilten nachträglichen Budget hinsichtlich der Titel 8 und 9,

erhält die einstimmige Annahme der Kammer.

Eingeladen von dem hohen Präsidium erstattet geh. Hofrath Rau den Bericht über die Nachweisungen des Betriebsfonds pro 1834 und 35 und über ihren Voranschlag pro 1837 und 38. Die Kammer beschließt, nachdem der Gegenstand in abgekürzter Form berathen wurde, die Annahme nachstehender Kommissionsanträge:

1) Hinsichtlich der Nachweisungen des Betriebsfonds dieselben als genügend anzuerkennen.

2) Den vorgeschlagenen Betrag derselben und die Vorbehaltung der zurückziehenden 510,000 fl. für das außerordentliche Budget zu genehmigen.

3) Der Bitte der zweiten Kammer beizutreten, daß das Budget des Betriebsfonds künftig in den Inventarien aller Branchen auf dem stehenden Betriebsfond erweitert werde, dagegen der andern Bitte, daß das Budget des Betriebsfonds künftig das Bedürfniß jeder Branche spezifizirt nachweise, sich nicht anzuschließen.

Der Tagesordnung zufolge berichtet Frhr. v. Göler über das Budget des Justizministeriums, Einnahmen und Ausgaben, worüber ebenfalls sogleich berathen und die Zustimmung beschossen wird.

Hierauf geheime Sitzung.

Karlsruhe, 27. Juli. 68ste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Mittermaier. Auf der Estrade der Regierung: Staatsminister Winter und Frhr. v. Blittersdorff, Staatsrath Jolly.

Der Präsident macht eine Mittheilung der ersten Kammer bekannt, wonach dieselbe den Gesetzentwurf über die Einführung breiter Radfelgen angenommen hat.

Es kommen zuerst folgende Petitionsberichte zum Vortrag:

Von dem Abg. Feiblein:

1) Ueber die Bitte des Heinrich Frey von Waldwimmerbach um Pension. — Beschluß: Tagesordnung.

2) Ueber die Bitte des Lehrers Reimann von Altheim (Bez. Amts Ueberlingen), die Feststellung des Schuleinkommens betr. — Beschluß: Tagesordnung.

3) Ueber die Bitte des Gemeinderaths und Bürgerausschusses zu Bruchsal, Namens dortiger Gemeinde, um Aufhebung des Weinaccises und Gestattung des Weindetailverkaufs über die Straße. — Beschluß: Wegen des Weinschanks zur Tagesordnung zu schreiten; wegen Aufhebung des Accises dagegen Ueberweisung der Petition an die Kommission, welche über die Knapp'sche Motion Bericht zu erstatten hat.

Hierauf wird, der Tagesordnung zufolge, die Berathung über das außerordentliche Budget fortgesetzt.

Justizministerium.

Zucht- und Korrektionsanstalten.

Zu diesem Zwecke ist von der Regierung die Sum-

me von 185,850 fl. in das außerordentliche Budget pro 1837/38 und 1838/39 aufgenommen, nämlich:

- a) für die Hälfte der Kosten einer zu Bruchsal zu errichtenden Zentralstrafanstalt für männliche Sträflinge 152,000 fl.
 b) zur Vollendung des Zuchthauses für Gefangene weiblichen Geschlechts in Bruchsal 25,000 fl.
 c) zur Erbauung einer Ringmauer um beide Zuchthäuser 7,900 fl.
 d) zur Herstellung des Webereigebäudes in dem Zuchthause zu Freiburg 950 fl.

Die Regierung motivirt die beabsichtigte Erbauung u. Einrichtung einer Zentralstrafanstalt für männliche Sträflinge zu Bruchsal durch die Nothwendigkeit der Einführung des Besserungssystems auf eine Weise, wie dasselbe nur allein mit gutem Erfolge denkbar ist. Die Kommission pflichtet diesem System vollkommen bei; sie fügt sowohl in Hinsicht des Baues, als der innern Einrichtung der Anstalt Wünsche und Vorschläge bei, und behandelt in ausführlichem Bericht die Fragen:

- 1) Ob überhaupt das Besserungssystem eingeführt werden soll, und welches die Elemente desselben sind?
- 2) Ob dasselbe nicht in den schon bestehenden drei Anstalten des Landes ausgeführt werden könne? oder
- 3) ob zur zweckmäßigen Durchführung desselben eine einzige Anstalt, und folglich die Erbauung einer solchen nothwendig sey?

Die Kommission spricht sich in ihrem Berichte einstimmig — nach dem Vorschlage der Regierung — verneinend über die 2te und unbedingt bejahend über die 1te und 3te Frage aus.

Mit kenntnißreicher Erfahrung entwickeln in tiefgehenden Reden Staatsrath Jolly und der Abg. Mittermaier welcher, um an der Berathung Theil zu nehmen, den Präsidentensstuhl verläßt, welchen der Abg. Duttlinger einnimmt — das Wesen des Besserungssystems, so wie die unabwiesliche Nothwendigkeit der Einführung desselben. Alsdann erhalten noch die Abgeordneten v. Jhstein, Merk, Wagg, Welcker, Duttlinger, v. Rotteck und Mohr das Wort. Auch diese Sprecher verbreiten sich in ausführlichen Reden und mit warmer Theilnahme über diesen hochwichtigen Gegenstand, und unterstützen mit lebhaftem Danke den Vorschlag der Regierung und der Kommission, mit dem Wunsche der baldigen Realisirung dieser folgenreichen Einrichtung.

Die Kammer beschließt, nach den Anträgen ihrer Kommission:

- a) von den Gesamtkosten des Baues des in Bruchsal zu errichtenden Männerzuchthauses einstweilen nur 100,000 fl., dagegen
 b) zu Vollendung des Weiberzuchthauses in Bruchsal,
 c) zu Erbauung einer Ringmauer um beide Zuchthäuser und
 d) zu Herstellung des Webereigebäudes in dem Zuch-

thause zu Freiburg, die verlangten Summen zu bewilligen.

Unterrichtswesen.

Kommissionsantrag: Für die Erweiterung des evang. Schullehrerseminars in Karlsruhe die verlangte Summe von 14,000 fl. und für die Anschaffung von Betten und Bettladen desgleichen 2,400 fl. zu bewilligen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Kröll und des Berichterstatters v. Jhstein wird der Antrag angenommen. Ebenso der fernere Antrag: Die aus dem Stockvermögen des kathol. Seminarfonds in Eutlingen für Bezahlung der Nacharbeiten des Baues von 1835 entnommene Summe von 1886 fl. zum Zwecke des Rückersazes an die Anstalt auf die Staatskasse zu übernehmen und deshalb diesen Betrag, nach dem Vorschlag der Regierung, in das Budget aufzunehmen.

Um die nothwendige Erweiterung des Seminargebäudes in Eutlingen zu bewerkstelligen, verlangt die Regierung

- a) Für die Errichtung eines dritten Stocks auf dem linken Flügelbau und auf der Jesuitenkirche 12,500 fl.
 b) Für die nöthigen Abänderungen u. Verbesserungen in dem schon bestehenden Gebäude den beiläufig ermessenen Betrag 8,000 fl.

Im Ganzen also 20,500 fl.

Die Kommission, voraussetzend, daß die Errichtung eines zweiten Seminars in Meersburg beschlossen werden wird, schlägt vor:

- 1) Für die in dem Seminargebäude zu Eutlingen nöthigen Veränderungen und Einrichtungen die beiläufig ermessenen 8000 fl. zu verwilligen und in das Budget aufzunehmen.
- 2) die Kammer möge die Erklärung in das Protokoll niederlegen, daß sie der Regierung einen weitem Kredit von 4000 fl. eröffne, um die durch die Errichtung eines zweiten Seminars in Meersburg nöthigen Baueinrichtungen ausführen zu können, falls sie dem hierauf gerichteten Antrage der Kammer ihre Genehmigung ertheilen wird.

Duttlinger macht den von der Regierungskommission ausgesprochenen Vorschlag: die von der Regierung verlangten 12,500 fl. ins Budget aufzunehmen, — zu dem feinen, und wünscht, daß dieselben aber auch gewiß, so bald möglich, zu dem Zwecke der Errichtung des zweiten Seminars in Meersburg verwendet werden.

Bell u. Andere unterstützen diesen Antrag.

Kuenger spricht den Wunsch aus, die Regierung möge vor der Verwendung einer weitem Summe auf das gegenwärtige Lokale des Schullehrerseminars in Eutlingen sehr genau untersuchen lassen: ob die bisher entdeckten Uebelstände in diesem Lokale ganz entfernt und ob dieses Lokale überhaupt taublos und zweckmäßig her-

gestellt werden könne. Der Abgeordnete bemerkt, daß er nach genommener Einsicht des Lokals in Eutingen u. nach den darüber eingezogenen Erkundigungen zu dem Resultate gelangt sey, daß dieses Lokale sehr wahrscheinlich sich auf keinerlei Weise vollkommen verbessern lassen werde, und daß die aufgewendeten Summen somit verloren seyn dürften. (Vielfach unterstützt.)

Die Kammer beschließt, den Kommissionsantrag ad 1) anzunehmen, und ad 2) 4500 fl. zur Einrichtung eines zweiten Seminars in Meersburg zu bewilligen.

Zur Anschaffung weiter erforderlicher Betten in dem Seminar zu Eutingen sind 6400 fl. im außerordentlichen Budget in Ansatz gebracht.

Die Kommission schlägt vor, hiefür die einmalige Summe von 4200 fl. zu bewilligen.

Bell beantragt, die Forderung der Regierung mit 6400 fl. zu bewilligen. (Vielfach unterstützt.) v. Jßlein widersezt sich diesem Antrag.

Die Kammer verwirft denselben und nimmt jenen der Kommission an.

Hinsichtlich der von der Regierung zur Anschaffung von Kleiderschränken im Seminar zu Eutingen verlangten 500 fl. beantragt die Kommission, nur die Hälfte zu votiren, da auf ein zweites Seminar in Meersburg angetragen sey.

Nach einer kurzen Debatte zwischen den Abg. v. Jßlein und Bell wird diesem Vorschlag die Zustimmung gegeben.

Als fernerer Aufwand für das katholische Schullehrerseminar in Eutingen werden 300 fl. jährlich für Ertheilung des landwirthschaftlichen Unterrichts gefordert.

Die Kommission glaubt, daß, wenn die Kammer eine Bewilligung eintreten lassen wolle, jährlich 200 fl. für den beabsichtigten Zweck genügen würden, trägt aber darauf an, für diese Postion nichts zu votiren.

Bell begründet den Antrag: die Forderung der Regierung mit 600 fl. aufzunehmen. Minister Winter und Ministerialassessor v. Marschall, so wie die Abgeordneten Knapp, Regenauer, Kuenzer, Kern, Tresurt, Duitlinger, Kröll und Nagg unterstützen mit gewichtigen Gründen diesen Vorschlag. v. Jßlein widersezt sich demselben, und motivirt den Kommissionsantrag umständlich; seinen Ansichten schließt sich auch der Abg. Schaaff an, und glaubt, daß es genügen würde, wenn — nach der Meinung der Kommission — etwa 200 fl. jährlich bewilligt werden wollten. v. Jßlein tritt diesem Vorschlag unterstützend bei.

Die Kammer nimmt den Antrag des Abg. Bell an.

Für die Vollendung des Baues der polytechnischen Schule sind 7000 fl. in Antrag gebracht, auf deren Bewilligung die Kommission anträgt. — Wird angenommen.

Kultus.

Auf diesen Titel verlangt das außerordentliche Budget im Ganzen 20,388 fl., und zwar zum Bau von zwei katholischen Kirchen und eines evangelischen Pfarrhauses.

Zum heinsheimer Kirchenbau beantragt die Kommission die Bewilligung der verlangten 2600 fl., was die Kammer genehmigt.

Für den Bau der katholischen Kirche zu Wertheim sind 16,288 fl. gefordert.

Die Kommission knüpft an den Antrag auf Bewilligung und an die Verabfolgung dieses Staatsbeitrags folgende drei Bedingungen:

- 1) Daß dem Staat dadurch keine Verbindlichkeit für künftige Neubauten oder Reparaturen erwachse, sondern die katholische Kirchengemeinde da, wo der Bau fond nicht hinreicht, einzutreten habe.
- 2) Daß deshalb 1000 fl. von jenem Staatsbeitrag zum Bau fond angelegt werden sollen.
- 3) Daß der Herr Fürst von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg zur Dotation der Pfarrei von 400 fl. jährlich beizutragen sich noch rechtsgültig verpflichte.

Die Kommission betrachtet das Ganze als eine Liberalität des Staates und als einen Beitrag zur Unterstützung der religiösen Bildung des Volkes, wobei nicht ängstlich bei Abwägung der Summen gerechnet wird und wobei wohl auch zu bedenken ist, daß von den jährlichen Zinsen des Bau fonds von 1000 fl. nach Bestreitung der Unterhaltung der Kirche schwerlich viel übrig bleiben wird, mithin die Gemeinde seiner Zeit doch in das Mittel treten muß.

- 1) Die Budgetkommission stellt daher den Antrag: die Summe von 16,288 fl. als einmaligen Beitrag zu dem Bau der katholischen Kirche in Wertheim aufzunehmen;
- 2) dabei aber die Regierung zu bitten, auf den Vollzug der drei von ihr festgesetzten Bedingungen, unter welchen dieser Staatsbeitrag zu verabfolgen sey, sorgfältig zu wachen; endlich
- 3) die Regierung ferner zu bitten, gleiche Vorsicht bei dem Staatsbeitrag für den Kirchenbau zu Heinsheim eintreten zu lassen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Hinsichtlich des zum Bau eines evangelischen Pfarrhauses zu Kadelburg in Anschlag gebrachten Zuschusses von 1500 fl. beschließt die Kammer, nach dem Antrag der Kommission:

- 1) Als Unterstützung der evangelischen Kirchengemeinde Kadelburg zu dem vorhabenden Bau eines Pfarrhauses die einmalige Summe von 1500 fl. zu bewilligen.
- 2) Die Regierung zu bitten, auch hier bei der Verabfolgung des Betrags den Staat gegen alle Folgen für die Zukunft in Bezug auf die künftige Unterhaltung und den Bau des Pfarrhauses schützen zu lassen.

Irrenanstalten.

Kommissionsantrag: Zum Bau des neuen Irrenhauses in Achern für die laufende Budgetperiode die im Jahr 1835 bewilligte, aber nicht verwendete Summe von 125,000 fl. und weitere 50,000 fl., im Ganzen also 175,000 fl. in das Budget von 1837/39 aufzunehmen.

v. Jzstein beantragt, einstweilen nur 50,000 fl. zu bewilligen, bis über den eigentlichen Bedarf vorerst noch zwischen der Budgetkommission und den Kommissären der Regierung Rücksprache gepflogen und der Kammer Bericht darüber erstattet worden seyn wird. Die Kammer ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Wasser- und Straßenbau.

Unter dieser Rubrik sind ins außerordentliche Budget als Forderung aufgenommen:

a) zur Herrichtung einer Dienstwohnung für den Direktor des Wasser- und Straßenbaues	3,117 fl.
b) für Straßenbau	449,287 fl.
c) für Wasserbauten	287,957 fl.
	<hr/> 740,361 fl.

Kommissionsantrag und Kammerbeschluß ad a: Bewilligung der 3117 fl.

ad b Straßenbau, heißt es im Kommissionsbericht:

Es wird verlangt:

1) Straße von Wertheim nach Würzburg und von Wertheim über Freudenberg nach Miltenberg	44,000 fl.
2) eine Straße von Mannheim nach dem Großherzogthum Hessen	20,000 „
3) eine Straße zwischen Aglasterhausen u. Mingolsheim	100,000 „
4) eine Straße zwischen Hornberg und Billingen	124,000 „
5) eine Straße zwischen Dürtheim und Donaueschingen	85,000 „
6) eine Straße zwischen Dürtheim und Geislingen	35,287 „
7) eine Straße von Lauchringen über Niedern nach Jestetten und Schaffhausen und von Niedern nach Eglisau	41,000 „

In Ganzen also 449,287 fl.

Schon bei andern Ausgaben wurde aufmerksam gemacht, daß die von der Regierung beabsichtigten Bauten und Straßenanlagen in dem Laufe dieser schon begonnenen Finanzperiode unmöglich beendigt, oder vielmehr die geforderten Mittel unmöglich verwendet werden können. Es hat die Kommission ferner gezeigt, daß die Kammer ihre Bewilligungen in dem Budget voraussichtlich nicht über die Finanzperiode hinaus geben werde, daß also schon dadurch die Nothwendigkeit begründet wird, in das gegenwärtige Budget die Gesamtbewilligungen um jenen Betrag zu vermindern, der nach dem vorgelegten außerordentlichen Budget selbst in die künftige Budgetperiode übergehen soll. Dieser Betrag ist auf 205,384 fl. angegeben. Aus den eben erwähnten Gründen hat die Kommission bereits bei einigen andern bedeutenden Ausgaben eine Minderbewilligung in Antrag gebracht. Sie muß dies auch bei dem großen Aufwande für Straßen thun; sie glaubt aber nicht, solche Minderbewilligungen bei den einzelnen Straßenbauten in Antrag bringen zu müssen, weil sie hier der Meinung ist, daß die Regierung in Bezug auf die in Frage stehenden Straßen, deren Nothwendigkeit oder

Nutzen von der Kommission und; wie wir nicht zweifeln, auch von der Kammer anerkannt und gebilligt ist, durch einzelne Minderbewilligungen nicht beengt, nicht gehindert werden sollte, auf die einzelne Straße, weil ihre Anlage durch die Umstände dringender geworden ist, den ganzen für sie berechneten Aufwand verwenden zu lassen, während sie vielleicht auf eine andere dieser Straßen nichts oder nur wenig verwendet und die eingetretenen Verhältnisse dieses Verfahren auch rechtfertigen. Deswegen ersucht die Kommission für zweckmäßiger, die von ihr als nöthig erkannte und in der Natur der Sache begründete Minderbewilligung bei dem Gesamtaufwande für die Straßen in Antrag zu bringen, damit der Regierung jener Raum zur freien Bewegung bleibe, der hier im Interesse der Sache und des allgemeinen Wohles geboten scheint. Es versteht sich wohl von selbst, daß die Kammer, wenn sie der Regierung für die in Frage stehenden 7 Straßen eine Gesamtsumme bewilligt, die derselben dadurch werdende freie Bewegung nur auf die erwähnten 7 Straßen ausgebehnt und die Gelder nur für diese allein verwendet haben will. Daß aber im Laufe dieser Budgetperiode eine Summe von 449,287 fl. für 7 Straßen nicht verwendet werden kann, wird wohl keiner Ausführung bedürfen; die Regierung selbst verkennt dies nach dem gedruckten Vortrage nicht; deswegen schlägt die Kommission vor: für die in Antrag gebrachten Straßenbauten die Summe von 350,000 fl. zu bewilligen.

Die Kammer genehmigt zwar im Einzelnen die unter 1 — 7 aufgeführten Summen, nimmt aber im Ganzen den Schlufsantrag der Kommission an.

Hierauf wird die Sitzung bis um 4 Uhr Nachmittags ausgesetzt.

Karlsruhe, 27. Juli. Fortsetzung der 68. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer, Nachmittags 4 Uhr. Fortsetzung der Diskussion über das außerordentliche Budget.

Zu Wasserbauten sind für 4 Unternehmungen, wie früher schon angeführt, 287,957 fl. in Anspruch genommen.

1) Fortsetzung der Rheinreklifikation.

Kommissionsantrag: zur Verbesserung des Friesenheimer Rheindurchschnittes die verlangten 25,262 fl. zu bewilligen.

Nacheinigen Bemerkungen von Seite des Berichterstatters über die Nothwendigkeit dieser Reklifikation, und darauf erfolgten Erwidern des Reg. Kommissärs Ministerialassessor v. Marschall über die Wichtigkeit des Rheindurchschnittes, welchen Erwidern sich Minister Winter anschließt, und worauf die Abgeordneten Mohr, v. Jzstein und Weller antworten, Knapp aber einen Beitrag von der Stadt Mannheim angesprochen hat, wird der Kommissionsantrag angenommen.

2) Vollendung des manheimer Hafenbaues.

Die Kommission trägt darauf an: die hierzu noch erforderlichen 69,495 fl. zu bewilligen.

Der Abg. v. Jzstein erläutert den Kommissionsvorschlag und die Motive, auf welchen derselbe beruht. Knapp

wiederholt auch hier die Reklamation eines Beitrags von Seite der Stadt Mannheim. Die Kammer bewilligt diese Position.

3) Bau des Hafens zu Konstanz.

Kommissionsantrag: Bewilligung der verlangten 68,200 fl.

Nach einigen unterstützenden Bemerkungen des Abg. v. Zylstein nimmt die Kammer den Kommissionsantrag an.

4) Zur Regulirung der Dreisam und Elz.

Die Kommission schlägt vor:

- 1) in das außerordentliche Budget die Summe von 100,000 fl. aufzunehmen.
- 2) in das Protokoll die Erklärung niederzulegen, daß der Regierung ein weiterer Kredit von 50,000 fl. für den Fall eröffnet sey, wo nach §. 8 des Gesetzes vom 28. August 1835 der Beitrag der Konkurrenzgemeinden ermittelt und zu dessen Erhebung gütliche Anordnung getroffen seyn wird — und wenn ferner die Verwendung dieser Summe auf das Unternehmen in der Budgetperiode noch möglich und ausführbar ist.

Der Abg. Kern entwickelt geschichtlich den seitherigen Fortgang dieses Baues, und zeigt, daß die Gemeinden alles gethan haben, was zur Herstellung desselben beitragen könne. v. Rotteck wünscht, die von der Regierung geforderte Summe von 125,000 fl. in das Budget aufzunehmen, ohne irgend eine Beschränkung, worauf er den förmlichen Antrag stellt, der vielfach unterstützt und von der Kammer angenommen wird.

Landesgestüt.

Hierüber hat die Kommission zwei Anträge gestellt:

- 1) Die Kammer möge den auf dem Landtage von 1835 für die Erbauung der Ställe in Bruchsal bewilligten, jedoch nicht verwendeten Betrag von 24,630 fl., wofür der Kredit als erloschen angesehen werden muß, abermals in das außerordentliche Budget aufnehmen, und die weiter verlangte Bewilligung von 15,000 fl. beifügen, um damit die durch Verlegung der Gestütanstalt nach Karlsruhe daselbst nöthig gewordene Erbauung von Stallungen und Einrichtung eines Reitstalles ausführen zu können.
 - 2) Die Kammer möge durch förmlichen Beschluß zu Protokoll erklären: daß sie ihre verfassungsmäßigen Rechte in Bewilligung der für den Staatshaushalt und namentlich für Baulichkeiten erforderlichen Mittel, denen in dem vorliegenden Falle durch den Beginn eines Baues, wozu noch keine Mittel bewilligt waren, und der in offenem Widerspruche mit einem früheren Kommissionsbeschluß stehe, auf eine empfindliche Weise zu nahe getreten wurde, feierlich und mißbilligend das Vorschreiten der Regierung in dieser Sache verwahre, und die bestimmte Erwartung ausspreche: die Regierung werde in Zukunft keinen Neubau beginnen lassen, ehe die Mittel dafür durch das Budget gegeben worden sind.
- v. Zylstein bringt in Vorschlag, einstweilen nur 15,000 fl. zu bewilligen, die Position von 24,630 fl. aber aus-

setzt seyn zu lassen bis nach gepflogener Berathung der Kommission mit den Regierungskommissären über die Frage wegen der erloschenen Kredite, welche in der abgelauteten Budgetperiode nicht verwendet worden sind. Weller spricht sich überhaupt gegen die Verlegung des Landesgestüts nach Karlsruhe aus, und stellt den Antrag, die 15,000 fl. nicht, die weitem 24,630 fl. aber nur in dem Fall zu bewilligen, wenn der Bau, nach dem Beschluß der Kammer von 1835, in Bruchsal hergestellt werde.

Ministerialassessor v. Marschall sucht die Verlegung zu rechtfertigen, wogegen der Abg. v. Zylstein aus dem Beschlusse der Kammer von 1835 folgert, daß diese Verlegung verfassungsmäßig nicht habe geschehen können. Minister Winter vertheidigt das Verfahren der Regierung, indem er erwähnt, daß die Bestimmung des Orts, wo die Anstalt errichtet werden soll, nicht durch einen Beschluß der Kammer, sondern nur durch technische Untersuchungen getroffen werden könne. Weller setzt diesen Behauptungen den entschiedensten Widerspruch entgegen und unterstützt auf's Lebhafteste den Antrag des Abg. Weller. Mohr spricht sich gleichfalls gegen die Verlegung der Gestütanstalt aus, indem er glaubt, daß Bruchsal der geeignetste Ort für dasselbe sey. Merk erkennt die von dem Abg. v. Zylstein ausgesprochenen Grundsätze in Beziehung auf die verfassungsmäßige Verwendung der zu bestimmten Zwecken bewilligten Gelder für richtig an, glaubt aber nicht, daß in dem vorliegenden Fall das Verfahren der Regierung für unrechtmäßig erklärt werden könne, sobald nachgewiesen werde, was von der Regierung geschehen, daß die Verlegung zweckmäßig sey. Er trägt darauf an, in dem zweiten Kommissionsantrag die Worte „feierlich“ und „mißbilligend“ wegzulassen. Martin erklärt sich ebenfalls gegen die Verlegung und v. Zylstein wiederholt, daß die Regierung entweder in Bruchsal hätte bauen oder, wenn sie dies nicht wollte, zu warten sollen, bis die jetzige Kammer die Verlegung genehmigt gehabt hätte. Minister Winter vertheidigt ebenfalls wiederholt die Ansicht der Regierung, daß über den Ort der Errichtung die Kammer nicht habe bestimmen können. v. Rotteck unterstützt den Weller'schen Antrag, mit der Erweiterung, gar nichts zu bewilligen. Knapp erklärt sich für den Kommissionsantrag, und Dutlinger spricht für v. Zylstein's Vorschlag und in Beziehung auf den zweiten Kommissionsantrag für die Modifikation, welche der Abg. Merk vorschlug. Schinzinger stimmt gegen die Bewilligung, da er schon auf dem vorigen Landtag gegen das Landesgestüt gestimmt habe. Hoffmann glaubt, daß doch Gründe vorhanden seyen, welche überhaupt gegen die Verlegung des Landesgestüts nach Karlsruhe sprechen. Er stimmt gegen die Bewilligung, weil er 1) die Verlegung nicht für zweckmäßig hält und 2) weil er auch früher gegen das Gestüt selbst gestimmt habe, und weil er wünsche, daß, statt desselben, Prämien an Landwirthe, welche die besten Hengste und Stuten ziehen, gegeben werden möchten.

Die Kammer beschließt, 15,000 fl. zu bewilligen, und den Antrag der Kommission sub Ziffer 2 mit Weglassung der Worte: „feierlich und mißbilligend“, anzunehmen.

Verschiedene und außerordentliche Ausgaben.

Kommissionsantrag: Die für Waldvermessungs- und Abschätzungskosten in das Budget aufgenommenen 3000 fl. zu bewilligen.

v. Hslein erläutert, daß diese 3000 fl. für Abschätzung des nachhaltigen Ertrags der Waldungen bestimmt seyen, wodurch also den Gemeinden große Vortheile zugewendet werden; er wiederholt den Antrag auf deren Bewilligung, welchem die Kammer ihre Zustimmung gibt.

Kriegsministerium.

Von diesem Ministerium werden, als einmalige Bewilligung, verlangt:

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1) zur Herstellung einfacher (einschlürfriger) Betten für die Mannschafft des Armeekorps | 31,793 fl. |
| 2) zu Veränderungen und Erweiterungen an dem Kriegsministerialgebäude | 3631 „ |
| 3) zur Erbauung eines Hospitals in Kehl | 3141 „ |
| | 38,565 fl. |

ad 1 schlägt die Kommission die Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses von nur 20,000 fl. vor.

Auf wenige erläuternde Bemerkungen des Abg. v. Hslein, dann des Ministers v. Böckh, der den Wunsch begründet, daß die 31,000 fl., welche die Regierung verlangt, bewilligt werden möchten, welchen Wunsch der Oberst v. Rasollay unterstützt, und dem auch die Abgeordneten v. Hslein und Stößer beitreten, erhebt die Kammer diesen Vorschlag zum Beschluß.

ad 2 proponirt die Kommission: Für die projektierte Errichtung eines Anbaues an das Kanzleibäude des Kriegsministeriums zur Erweiterung des für die Kanzleien und für Unterbringung der Akten erforderlichen Raumes die Summe von 2560 fl. zu bewilligen, die für die Veränderung der Treppe im Kriegsministerialgebäude verlangten 1071 fl. aber nicht zu genehmigen.

Nach einer kurzen Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

ad 3 schlägt die Kommission vor: Den für Erbauung eines Hospitals in Kehl verlangten Aufwand von 3141 fl. nicht zu bewilligen.

Die Kammer ertheilt, nach einigen Bemerkungen des Obersten v. Rasollay und des Abg. v. Kottek, diesem Antrag die Zustimmung.

Weller bemerkt, daß nach den bisherigen Bewilligungen die Staatseinnahmen zur Deckung nicht hinreichen, weshalb auf's Grundstockvermögen ge Griffen werden müsse. Er glaubt, daß es im Interesse des Staats liege, zu wissen, welche Neubauten aus den laufenden Revenüen, und welche aus dem Grundstockvermögen bestritten werden müssen. Er stellt den Antrag, diese Frage an die Budgetkommission zur Untersuchung und Berichterstattung zu verweisen. Finanzminister v. Böckh legt gegen diesen Vorschlag gegründeten Widerspruch ein, und der Abg. v. Hslein schlägt vor, die Berathung bis zur Vorlage der Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben zu verschieben, worauf die Kammer eingeht.

Die Ausgaben des gesammten außerordentlichen Bud-

gets werden durch namentliche Abstimmung genehmigt, worauf die Sitzung um 7 Uhr geschlossen wird.

Tagesordnung der zweiten Kammer (70ste öffentliche Sitzung) auf Samstag, den 29. Juli, Morgens 8 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2) Diskussion über den Gagentarif. 3) Bericht über Kuenzer's Motion, die Zehntablösung betr. 4) Diskussion über Rettig's Bericht, die Ablösung der Erblehen betr. 5) Bericht über die Aenderungen der ersten Kammer, die Prozeßordnung betr. 6) Bericht des Abg. Rettig über die Adresse wegen der Kriegskostenforderung des Kinzgkreises. 7) Berichte der Petitionskommission.

Tagesordnung der ersten Kammer (42ste öffentliche Sitzung) auf Samstag, den 29. Juli, Morgens 10 Uhr. 1) Bericht der Budgetkommission über mehrere Titel des Budgets des Ministeriums des Inneren (Se. Durchl. der Herr Fürst zu Fürstenberg). 2) Bericht der Budgetkommission über die Einnahmen und Ausgaben der Salinen-, Berg- und Hüttenwerke, Münz- und Zentralverwaltung (Kau). 3) Bericht der Budgetkommission über die Einnahmen des Ministeriums des Inneren, Tit. 1 — 9 (Z. U.). 4) Wahl eines ständischen Ausschusses.

Berichtigung. Zu Nr. 207, S. 2181, der Karlsruher Zeitung, die Verhandlung des Kommissionsberichts über die Bitte der Gemeinden des Bez. Amts St. Blasien u., wegen Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen dem Breisgau u. dem mittleren Schwarzwald, — betreffend, ist nachzutragen, daß damit auf den Antrag des Abg. Eichrodt zugleich die Berathung über die Petition der Gemeinden Todtnau u. um Herstellung dieser Straße auf der Strecke vom Rappweg auf den Schmelzplatz gegen Oberried, verbunden worden ist, und der empfehlende Beschluß der Kammer zugleich auch diesen Straßenzug betraf.

Frankreich.

† Paris, 25. Juli. Hr. Genoude ist gestern vor dem Instruktionsrichter erschienen. Er ist angeklagt, in Gemeinschaft mit Hrn. Berryer und Walsh die Herzogin von Berry und ihren Sohn nach Frankreich haben zurückzuführen, den Bürgerkrieg anzufachen und die herrschende Dynastie stürzen zu wollen. Sein Verhör dauerte dreihalb Stunden. — Der General Donnadieu wurde gestern wegen seines Buchs La vieille Europe zu zweijähriger Gefängnißstrafe und einer Geldbuße von 5000 Fr. verurtheilt. — Der Abbé Comenais ist, in Gesellschaft des Barons v. Geramb, nach Rom abgereist. Es soll seine Absicht sein, sich in ein Kloster bei Palestrina, 6 Stunden von Rom, zurückzuziehen, um dort für seine Verirrungen und Sünden Buße zu thun. Personen, welche den Charakter des Abbé genau zu kennen behaupten, versichern indeß, daß er einer Widersinnigkeit, wie die ihm beige-messene, nicht fähig sey.

Paris, 25. Juli. Hr. v. Latour-Maubourg ist am 21. auf der Rückreise nach Madrid auf seinen dortigen Gesandtschaftsposten durch Bordeaux gekommen.

(Journ. des Deb.)

— Zu Mont-d'Aubigny, im Aisnedepartement, ist am 21. d. eine Frau, Namens Honorine Bocheur, nach nur sechsmonatlicher Schwangerschaft mit fünf Kindern, drei Knaben und zwei Mädchen, die aber sämmtlich wenige Sekunden nach der Geburt starben, niedergekommen. Dieselbe Frau war am 18. Februar v. J. von Zwillingknaben entbunden worden, so daß sie also innerhalb 18 Monaten sieben Kinder zur Welt gebracht hat. (S. d. D.)

— Nachrichten aus Brüssel zufolge ist dort der König der Belgier am Sonntag, Morgens 10 Uhr, wieder eingetroffen.

— Die „Charte de 1830“ enthält die Anzeige, daß auf einen Befehl des Ministers des öffentlichen Unterrichts, Hrn. v. Salvandy, eine der öffentlichen Bibliotheken im Mittelpunkte des Quartier latin von nun an, geöffnet und besucht, bis Nachts 11 Uhr offen bleiben soll; die St. Genesewabibliothek, als die von den Studirenden am häufigsten benutzte und mit dem stärksten Angestelltenpersonale versehene, wird dazu bestimmt.

— Die Gazette de France sagt, auch in Auteuil, dem Wohnsitz des gegenwärtig in London abwesenden Hrn. Neitement, eines Mitarbeiters an ihrem Blatt, sey — wie früher bei den Hh. Berryer, v. Genoude u. s. w. — Hausfuchung gehalten worden.

— In Carpentras, im südlichen Frankreich, haben sich unlängst der erste Tenor und der Kapellmeister geschossen, wobei der letztere von der Kugel seines Gegners tödlich in den Unterleib getroffen wurde. Ein Zwist über die Tonart, in der ein gewisses Musikstück vorgetragen werden sollte, hat, wie es heißt, die Veranlassung zu dem unglücklichen Zweikampf gegeben.

— Die Gesamtsumme der in Frankreich erscheinenden Journale ist 776, worunter 326 in Paris herauskommen.

— Von den Kandidaten, die sich zur letzten Prüfung Behufs der Aufnahme in die polytechnische Schule meldeten, waren 398 von Paris gebürtig.

— In Paris kommt, offiziellen statistischen Dokumenten zufolge, fast auf je 12 Einwohner 1 Armer. Im zwölften Arrondissement ist dies Verhältnis wie 1 zu 6, im zweiten Arrondissement dagegen wie 1 zu 28. Die Totalsumme der bedürftigen Einwohner ist 62,539, worunter 14,499 Männer, 23,448 Weiber, 10,862 Knaben und 11,430 Mädchen.

†○ Paris, 26. Juli. Die neuesten Journale aus Toulon enthalten über den angeblichen Tod Abd-el-Kaders keine weiteren Angaben; eines derselben sagt nur: wir haben zwei Briefe aus Algier gesehen, welche von der Ermordung des Emirs als einem glaublichen Ereigniß sprechen. Wir setzen indeß ein so großes Vertrauen in den Bericht unseres Korrespondenten, daß wir nicht zweifeln, das nächste Postschiff werde ihn bestätigen. — Es heißt, daß Hr. v. Montebello nach Turin geht, während der Baron Mortier nach Bern und der Marquis Rumigny nach Rom gesendet werden. Hr. v. Barrennes, der jetzt Resident in Hamburg ist, soll, fügt man hinzu, als bevollmächtigter Minister nach dem Haag kommen.

Spanien:

†○ Valencia, 16. Juli. Gestern ist Draa in die Stadt gekommen, hat sie aber sogleich wieder mit 2 belgischen Bataillonen und 100 Pferden verlassen. Sanchez stieß zu ihm mit 3000 Mann. Bald kam es zum Treffen mit den Carlisten; diese zogen sich auf Chiva zurück, die Infanterie in Unordnung. Um 12 Uhr stellte sich Vorso, der sehr zur günstigen Zeit mit seiner Kolonne ankam, in die Avantgarde, und griff Chiva an, wurde aber zurückgeworfen. Rogueras eilte zu seiner Unterstützung, und nahm Stadt und Fort in einem zweiten Angriff; die Feinde flohen in Verwirrung; Draa machte sich zu ihrer Verfolgung auf. Der Kampf ist den konstitutionellen vortheilhaft gewesen, aber ist nicht entscheidend. Von Chiva nach las Cabrillas ist das Terrain sehr bergig, und manche Stellungen können mit Erfolg verteidigt werden.

†○ Saragossa, 19. Juli. Man sagt, daß Cabrera in Santavieja den wegen Unbotmäßigkeit dahin verbrachten Serrador und einige Offiziere hat hinrichten lassen. — Das Gerücht läuft, Espartero habe Befehl von der Regierung erhalten, Draa und de Meer zu arretiren und nach Castellon de la Plana zu führen; es findet aber keinen Glauben.

†○ Bayonne, 22. Juli. Wenn man Korrespondenzen aus St. Jean Pied de Port glauben darf, so ist die christinische Linie bei Balcarlos von den Carlisten unter dem Befehle des Garcia forcirt worden; der Kurier von Pampelona hat nicht passieren können. Die carlistische Expedition unter Zarateguy und Elío zählt 16 Bataillone (?), 3 Schwadronen und eine Batterie Artillerie. Urtheilt man nach der Bewegung der Junta, die sich Estella wieder genähert hat, so ist die Expedition nach Kastilien bestimmt.

†○ Bayonne, 22. Juli. Am 19. d. wurde die Linie von Nonceaur durch 2 Bataillone von Navarra besetzt, die durch die Berge des Thales Erro nach Espinal gerückt sind. Sie haben dort die Gendarmerie von Pampelona und die Kompagnie Nationalgarde überfallen. Die letzteren haben sich nach Gurralda zurückgezogen, u. nur 10 Verwundete gehabt. Die benachbarten, der konstitutionellen Sache ergebenen Thäler haben sich auf diese Nachricht sogleich in Masse bewaffnet.

— Der offizielle Bericht des Generals Draa, datirt aus dem Hauptquartier von Bunnol vom 16., ist heute hier angekommen. Wir geben daraus die wesentlichsten Angaben: „Die Armee dr. Facciosen und die Truppen des Cabrera unter dem Befehle des Prätendenten, zusammen 20 Bataillone und 12 Schwadronen, sind gestern durch mich mit 9000 Mann und 600 Pferden vollständig geschlagen worden. Der Kampf fing um 8 Uhr Morgens an und dauerte bis 5 Uhr Abends. Die Truppen, die ich zu kommandiren die Ehre habe, haben der Welt einen eklatanten Beweis ihres Muths und ihrer Ausdauer gegeben, indem sie den Feind aus seinen vortheilhaften Stellungen vertrieben und trotz 18 Stunden des Marsches und der Schlacht der glühenden Hitze und der Er-

müdung widerstanden, ohne einen Tropfen Wasser zu ihrer Erfrischung zu haben. Beschäftigt, den Feind zu verfolgen und die Subsistenz der Soldaten zu sichern, kann ich die Folgen dieser Niederlage nicht leicht berechnen. Der Verlust der Facciosen beläuft sich auf 1000 Mann, von denen 200 Gefangene und eine große Zahl Ueberläufer. Unsere Armee hat etwa 400 Mann verloren, unter denen mehrere Generale und Offiziere von Verdienst.

Paris, 26. Juli. Telegraphische Depeschen:
"Bayonne, 24. Juli, 6 1/2 Uhr Abends.

Der offizielle Schlachtbericht Oraa's ist zu Madrid verkündigt worden. Nach ihm beträgt der Verlust der Feinde 1000 Mann, worunter 100 Gefangene; sein eigener 400 Mann. Espartero sollte am 19. in Cuenca ankommen.

"Marbonne, 25. Juli, 5 Uhr Morgens.
Verpignan, 24. Juli, Abends.

Man schreibt aus Barcelona vom 21., daß der Baron de Meer, der sich mit einem Konvoi gegen Prato und Lusanes gewendet hatte, trotz wiederholter Angriffe von doppelt überlegener Macht, glücklich nach Mauresa zurückgekommen ist. Ripoll ist durch Orbistondo angegriffen worden; man hörte am 23. ein lebhaftes Feuer vor dieser Stadt (welcher?).

— Die Regierung soll eine weitere telegraphische Depesche erhalten haben, der zufolge Espartero den Präventen bei Cuenca eingeholt und ihm schweren Verlust zugefügt hätte.

— Die franzöf. Marine soll zugleich mit der englischen spanische Truppen von Valencia nach Murviedro geführt haben.

Freie Stadt Frankfurt.

Frankfurt, 22. Juli. Der aus der Schweiz nach England ausgewiesene politische Flüchtling, Handelsmann Noitenstein von hier, hat sich im vorigen Monat nach Nordamerika eingeschifft. (N. Z.)

Frankfurt, 22. Juli. Heute ist das von dem Senate der freien Stadt Hamburg geführte Direktorium des gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts der vier freien Städte Deutschlands auf den Senat der freien Stadt Lübeck übergegangen. (N. Z.)

Staatspapiere.

Wien, 22. Juli. Metall. 105 3/4; 4proz. Metalliques 100 1/16; 3proz. 77 1/2; 500 Guldenloose 115 1/2; Bankaktien 1369; Nordbahn 114 3/4; Mail. C. B. 110 1/4.

Pariser Börse vom 26. Juli. 5proz. konsol. 110 Fr. — 3proz. konsol. 79 Fr. 5 Ct. — Span. Akt. 22; Pass 5 1/2. — Portug. 3proz. 25 1/2. — St. Germain Eisenbahnaktien 995 Fr. — Versailler Eisenbahnaktien, rechtes Ufer, 711 Fr. 25 Ct.; linkes do. 620 Fr. — Mühlhausen-Thanner Eisenbahnaktien 587 Fr. 50 Ct.

Kurs der Staatspapiere in Frankfurt.

Den 27. Juli, Schluß 1 Uhr.		St.	Par.	Gul.
Österreich	Metall. Obligationen	5	—	104
"	do. do.	4	—	99 1/2
"	do. do.	3	—	76
"	Bankaktien	—	—	1645
"	fl. 100 Loose bei Rothf.	—	—	224
"	Partialloose do.	4	—	141 1/2
"	fl. 500 do. do.	—	—	114 1/2
"	Böhm. Obligationen	4	98 1/2	—
"	do. do.	4 1/2	—	100 3/4
Preußen	Staatsschuldcheine	4	—	104
"	b. b. in End. à fl. 12 1/2	—	—	—
"	Prämiencheine	—	—	62 3/4
Bayern	Obligationen	4	—	101 3/4
Frankfurt	Obligationen	4	101 3/4	—
"	Eisenbahnaktien. Agio	—	—	64 %
Baden	Rentenscheine	3 1/2	—	101 3/4
"	fl. 50 Loose b. Gollu. S.	—	—	93 1/2
Darmstadt	Obligationen	3 1/2	100 3/4	—
"	fl. 50 Loose	—	—	59 1/2
"	fl. 25 Loose	—	—	23 1/2
Raffau	Obligationen b. Rothf.	4	100 1/2	—
"	do. do.	3	95	—
Holland	Integrale	2 1/2	—	52 3/4
Spanien	Aktivschuld	5	—	16 1/2
Polen	Lotterieloose Akt.	...	—	64 3/4
"	do. à fl. 500	—	—	76

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Ph. Macklot.

Auszug aus den Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Juli	Baromet.	Thermomet.	Wind.	Witterung überhaupt.
M. 7 U.	283. 0,28	12,0 Gr.üb.0	D	heiter
N. 3 U.	273. 11,98	18,5 Gr.üb.0	NW	heiter
N. 10 U.	283. 0,08	13,4 Gr.üb.0	ND	heiter
27. Juli				
M. 8 1/2 U.	283. 0,28	15,5 Gr.üb.0	ND	heiter
N. 3 U.	273. 11,58	20,3 Gr.üb.0	D	heiter
N. 11 1/2 U.	273. 10,58	14,2 Gr.üb.0	ND	heiter

Nro. 9584. Sinsheim. (Entmündigung.) Johann Krauß von Jutzenhausen ist wegen Blödsinns entmündigt, und ihm der dortige Bürger, Georg A. Berle, als Pfleger beigegeben worden; was hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Sinsheim, den 5. Juli 1837.

Großh. badisches Bezirksamt.
Lang.

vdt. Sommer.

Mit einer Beilage.